

**Rede
des Sprechers für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

Christoph Bratmann, MdL

zu TOP Nr. 18

Erste Beratung

**Aufhebung des Beschlusses des Landtages vom
13.10.2021 „Zum Schutz des Wattenmeeres: Keine
Erdgasförderung in Niedersachsens
Küstengewässern“ (Drucksache 18/10082)**

Antrag der Landesregierung - Drs. 18/11201

während der Plenarsitzung vom 17.05.2022
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich bin ja ganz froh, dass es bei zwei fraktionslosen Rednern geblieben ist. Wenn ich recht informiert bin, sind beide auch noch Mitglied in der AfD - das kann sich ja stündlich ändern -, einer Partei, die bisher immer dadurch aufgefallen ist, dass sie den menschengemachten Klimawandel komplett geleugnet und den Ausbau erneuerbarer Energien blockiert hat.

Deswegen müssen uns Mitglieder dieser Partei, glaube ich, hier nicht über Energiesicherheit, über ökologische Fußabdrücke und CO₂-Emissionen aufklären, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Der Begriff „Zeitenwende“ ist auch hier in diesem Hause schon fast ein bisschen überstrapaziert worden. Klar ist, der 24. Februar 2022 war eine Zeitenwende, und es herrscht, glaube ich, auch große Einigkeit darüber, dass wir angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine alle Möglichkeiten ausschöpfen müssen, um fossile Importe aus Russland zu verringern und letztendlich auch zu beenden.

Die optimistische Botschaft ist, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir sind schon auf einem guten Weg. Wie Ende April bekannt wurde, sind der bundesweite Verbrauch von Öl aus Russland von 35 auf 12 Prozent, der Anteil von Gas von 55 auf 35 Prozent und der Anteil bei der Kohle von 50 auf 8 Prozent gesunken.

Ein Sofortausstieg aus russischem Gas hätte fatale Folgen, insbesondere für die energieintensive Industrie, die wir auch in Niedersachsen haben. Wir reden über die Glasindustrie, über die Stahlindustrie, aber beispielsweise auch über die Zuckerindustrie und die Baustoffindustrie.

Deswegen sind wir uns auch alle einig, dass wir ein solches Szenario nicht selbst betreiben dürfen. Wir müssen uns aber vorbereiten; denn wir wissen nicht, ob dieses Szenario von der anderen Seite betrieben wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin manchmal etwas verwundert, mit welcher Leichtigkeit auch in Talkshows beispielsweise genau das gefordert wird. Wenn der von mir ansonsten sehr geschätzte Ex-Bundespräsident Joachim Gauck sagt, die Leute müssen sich einfach nur einen Pulli mehr anziehen oder die Heizung ein bisschen herunterdrehen, dann trifft das eben nicht den Kern der Sache, sondern es geht tatsächlich darum, dass Sanktionen dem Sanktionierten mehr schaden müssen als dem, der sie verhängt. Wir müssen auch verhindern, dass es hier aufgrund eines sofortigen Gasembargos gegen Russland massenhaft Arbeitslosigkeit gibt und dass wir in eine schwere Rezession hineingeraten.

Und klar ist: Wir müssen demgegenüber alles dafür tun, um schnellstmöglich Energieunabhängigkeit herzustellen.

Dazu lautet die Devise: Diversifizierung, Einsparung, schneller Hochlauf von Wasserstoff und natürlich Ausbau erneuerbarer Energien. Kurz- und mittelfristig brauchen wir auch Flüssiggas. Deswegen ist es richtig, dass wir in Niedersachsen zwei Terminals einrichten.

Wir brauchen auch die heimische Gasförderung. Auch das ist klar. Dazu begehen wir heute im Niedersächsischen Landtag nichts anderes als eine Kehrtwende. Denn wir alle gemeinsam haben vor gar nicht allzu langer Zeit, nämlich im Oktober letzten Jahres, beschlossen, dass es keine weitere Gasförderung vor Borkum geben soll. Nun machen wir diesen Beschluss rückgängig. Die Zeiten haben sich geändert. Vor dem Hintergrund, was in Russland und in der Ukraine passiert ist, ist das aus meiner Sicht verantwortbar und richtig. Das hat ja der Minister schon gesagt, und das haben auch einige Vorrednerinnen und Vorredner beispielsweise von der CDU und von der FDP gesagt.

Es ist klargeworden: Das Erdgasvorkommen wird auf rund 60 Milliarden m³ geschätzt. Eine Fördermenge von rund 5 Milliarden m³ pro Jahr wird schätzungsweise möglich sein. Das zeigt natürlich, dass das nicht die Gaslieferungen aus Russland kompensieren kann, sondern das ist nur ein einziger Baustein, aber aus meiner Sicht ein wichtiger Baustein und ein Beitrag, den wir leisten müssen.

Die Schutzwürdigkeit des Wattenmeers steht dabei natürlich über allem. Das ist doch klar. Deshalb gilt es, Beeinträchtigungen im Bereich des Küstenmeeres und auf der Insel Borkum zu vermeiden.

Ein Punkt ist aus der Sicht der SPD-Fraktion ganz wichtig - auch aus der Sicht der Abgeordneten, die vor Ort damit zu tun haben, ist das ganz wichtig; denn ich kann mir sehr gut vorstellen, dass es vor Ort nicht unbedingt opportun ist und nicht unbedingt schön ist, diesen Beschluss heute dort zu kommunizieren -: Es ist wichtig, dass zur Kompensation finanzielle Mittel aus den Gewinnen für Umwelt- und Naturschutzprojekte vor Ort bereitstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen bin ich froh, dass das enthalten ist.

Ich teile im Übrigen die Einschätzung des Kollegen Birkner nicht, dass die Grünen grundsätzlich national verantwortungslos sind. Lieber Kollege Birkner, das hängt vielmehr davon ab, welche Rolle sie spielen. Es geht weniger um die Sache, sondern es geht tatsächlich darum, in welcher Rolle die Grünen sind. Hier in der Opposition lässt sich wunderbar die moralische Keule herausholen und richtig auf diejenigen draufhauen, die einen unpopulären, aber aus meiner Sicht verantwortbaren Beschluss fassen. Das sieht im Bund in

Regierungsverantwortung ganz anders aus, und das sieht vor allen Dingen auch in Schleswig-Holstein ganz anders aus, wo die Grünen - oh Wunder! - die Kehrtwende beim Öl vollzogen haben und die Ölförderung im Wattenmeer durch die Firma Wintershall Dea befürworten. In der Regierungsverantwortung in Schleswig-Holstein zeigt man sich durchaus verantwortungsbewusst, aber hier in Niedersachsen in der Opposition holt man die moralische Keule heraus und skandalisiert das, was die regierungstragenden Fraktionen beschlossen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, letzten Endes zeigt all das: Wir müssen an vielen Stellen umdenken. Und wir müssen auch unpopuläre Entscheidungen treffen, dabei aber immer verantwortbar handeln. Ich denke, das tun wir an dieser Stelle. Deswegen bitte ich auch um Zustimmung.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.